

Versuch einer Antwort zu dem Kommentar von Albrecht Müller zum Mindestlohnartikel von R. Hickel unter dem Titel „Das ist ein Gefälligkeitsartikel für SPD und Gewerkschaften“¹

Mein Beitrag mit dem Titel „Epochenwechsel auf den Arbeitsmärkten“ hat heftige Reaktionen, ja auch aggressive Polemik ausgelöst. Um so mehr danke ich den „Nachdenkseiten“, die diesen Beitrag für würdig fanden, zum Nachdenken anzuregen.

Die nachfolgende Polemik von Albrecht Müller überrascht mich. Er verdient für seine erfolgreiche Gründung und Arbeit für dieses Diskursforum im Kampf gegen die politisch-ökonomischen Herrschaftsverhältnisse große Anerkennung. Allerdings kostet es mich derzeit an Beherrschung, an dieser Wertschätzung nach seiner Kommentierung meines Versuchs einer Deutung des Megaprojekts gesetzlicher Mindestlohn festzuhalten.

Vermutlich habe ich zwei Argumentationstabus gebrochen. Ich habe es gewagt, ein Lob an die SPD dafür auszusprechen, dass sie eindeutig das Projekt „Mindestlohn“ im Vertrag der GroKo gegen erbitterten Widerstand durchgesetzt hat. Auch nur ein Hauch positiver Nennung der drei Buchstaben SPD scheint in einigen linken Kreisen tabuisiert. Auf diese Präfixierung kann und will ich mich nicht einlassen. Dafür steht meine Anerkennung der SPD für den Wechsel von der verheerenden Agenda 2010 zur Re-Regulierung der Arbeitsmärkte. Die Expansion von Niedrig- und Ausbeutungslöhnen geht maßgeblich auf das Hartz IV-Gesetz zurück. Der arbeitsmarktpolitisch dümmste Spruch stammte vom Superminister Wolfgang Clement: „Jede Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit“. Arbeitslose sollten den Preis ausbeuterischer Lohnverhältnisse bezahlen. Übrigens scheint Albrecht Müller die Dimension dieser Agenda-Politik nicht zu erkennen. Er wirft mir vor, ich hätte makroökonomische Defizite und damit die Schwächung der Binnennachfrage vernachlässigt. Wenn er meine Beiträge gelesen hätte, wüsste er, dass das nicht zutrifft. Aber die unzureichende Binnennachfrage erklärt am Ende doch nicht die Spaltung am Arbeitsmarkt. Die Agenda 2010 wurde politisch zugunsten der unternehmerischen Schmutzkonkurrenz mit Löhnen durchgepeitscht. Diese Agenda 2010-Politik habe ich von Anfang an scharf kritisiert. Meine Kritik richtete sich auch gegen einige für die Gewerkschaften aufgetretenen Experten bei der Hans-Böckler-Stiftung, die zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung diese Disziplinierungspolitik verherrlichen wollten.

Der Paradigmenwechsel zu politisch regulierten Arbeitsmärkten signalisiert die Überschrift im Koalitionsvertrag „gute Arbeit“. Es ist nur die halbe Wahrheit, mir zu unterstellen, ich hätte diesen Begriff von den Gewerkschaften übernommen. Es kommt

¹ <http://www.nachdenkseiten.de/?p=21276>

noch schlimmer: Ich habe an der Konzeption und Durchsetzung dieses Paradigmas „gute Arbeit“ mitgewirkt.

Nach der auch ernst zu nehmenden Kritik und vor allem der ärgerlichen Mindestlohn-Umsetzungspolitik kann ich mir eine selbstkritische Anmerkung nicht ersparen. Ich hätte auf die fatale Differenz zwischen dem Kapitel im Koalitionsvertrag und dessen politische Implementierung hinweisen müssen. Im Zuge der Umsetzung droht der Epochenwechsel zur Farce zu werden. Mit vielen Ausnahmen wird die neue Epoche verhindert. Das zeigt sich insbesondere an der geplanten Ausnahme für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten. Das ist ein Rückfall in die Agenda 2010-Politik. Langzeitarbeitslosen wird für den völlig unsicheren und meistens schlechten neuen Job ein Opfer abverlangt. Wenn diese Diskriminierung von Langzeitarbeitslosen nicht zurückgenommen wird, dann präzisiere ich meine Aussage: Der in der Tat angekündigte Epochenwechsel ist im Vollzug den Wirtschaftsinteressen geopfert worden. ²

Schließlich fällt mir beim Verriss durch Albrecht Müller auf, dass er auf meine Kritik an der irrenden neoklassischen Wirtschaftswissenschaft und ihren dubiosen Jobkiller-Studien kein Wort verwendet. Sein Kommentar versinkt in einer Polemik gegen mich. Vor dem „links“ daherkommenden Hickel wird gewarnt. Auch mir „stockt der Atem“ angesichts der Unterstellung: „Das ist ein Gefälligkeitsartikel für SPD und Gewerkschaften“. Für den Kritiker kommt es noch schlimmer: Ohne Auftrag zum möglicherweise auch noch honorierten „Gefälligkeitsartikel“ hat sich das Nicht-SPD-Mitglied, aber der entschiedene Gewerkschafter Hickel, zu dieser Provokation hinreißen lassen.

April 2014